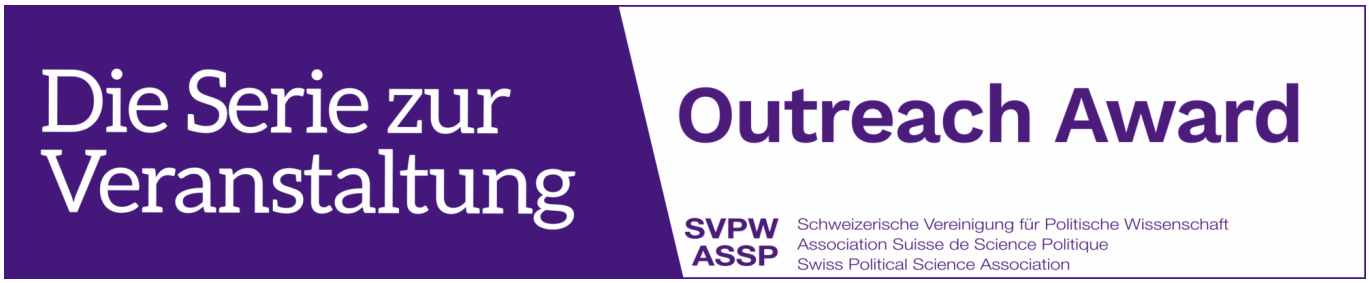
Warum es in der Frage nach der Zustimmung einer geschlechtsneutralen Dienstpflicht nicht auf das Framing ankommt

Johanna Hornung, Fritz Sager, Basil Vifian
20th May 2026

Die Einführung einer geschlechtsneutralen Dienstpflicht für alle mit Schweizer Bürgerrecht wird regelmässig diskutiert. Wie kann man die Zustimmung oder Ablehnung einer möglichen Reform seitens der Schweizer Bürgerinnen und Bürger erklären? Wie unsere Analyse zeigt, spielt dabei das Framing nur eine untergeordnete Rolle. Entscheidend sind vor allem die persönlichen Wahrnehmungen und Überzeugungen.



Zunehmende militärische Konflikte, ungenügende Personalbestände bei der Armee, sowie die verstärkte Forderung nach einer allumfassenden Gleichberechtigung der Geschlechter sind nur einige der Gründe, warum die geschlechtsneutrale Dienstpflicht regelmässig in der öffentlichen Diskussion zu finden ist. In der Schweiz ist eine solche Reform zuletzt in der Form der Service Citoyen Initiative (2025) zur Abstimmung gebracht worden – allerdings ohne Erfolg an der Urne. Nicht nur deshalb stellt sich die Frage, was die Zustimmung zu einer geschlechtsneutralen Dienstpflicht beeinflusst. In unserer Studie haben wir Schweizer Bürgerinnen und Bürgern die Idee einer geschlechtsneutralen Dienstpflicht unterschiedlich präsentiert und analysiert, welche Faktoren dazu führen, dass eine Reform eher befürwortet wird.

Das Framing ist nicht entscheidend

Die Haltung zur Reform wird interessanterweise kaum dadurch beeinflusst, **wie** die Reform präsentiert wird. Die Formulierungen, dass „*die Reform sicherstellt, dass ausreichend viele Personen eingeteilt werden*“ oder „*die Reform verhindert, dass zu wenige Personen eingeteilt werden*“ sind bei den befragten Personen nicht mit signifikanten Unterschieden in der Akzeptanz der Reform verbunden – obwohl entsprechende Effekte in der Literatur vermutet werden (Levin et al. 1998).

Auch bei den Formulierungen „*Wer über das Schweizer Bürgerrecht verfügt, soll in Zukunft einen Dienst leisten*“ und „*Schweizer Frauen sollen in Zukunft auch einen Dienst leisten*“ finden sich keine Unterschiede, was sich grundsätzlich mit anderen Studien deckt (Asticher & Sager 2024), allerdings nur wenn man die Gesamtzahl an Befragten anschaut. Ausgewertet nach Geschlecht, unterscheidet sich der Effekt des Geschlechter-Framings: Bei Männern steigt die Zustimmung zur Reform, wenn der Fokus darauf gelegt wird, dass Frauen auch einen Dienst leisten müssen, während die gleiche Formulierung bei Frauen mit einer stärkeren Ablehnung der Reform zusammenhängt.

Soziodemographische Faktoren sind relevant

Wenig überraschend findet die Idee bei Männern mehr Zustimmung als bei Frauen, was theoretisch unter anderem damit erklärt werden kann, dass Frauen von der Reform mehr betroffen wären und daher entsprechend solidarisch abstimmen. Darüber hinaus zeigen sich auch deutliche Unterschiede nach Sprachregionen. So ist die Deutschschweiz im Vergleich zur Romandie deutlich stärker für die präsentierte Reform. Warum es diese Unterschiede gibt, ist nicht eindeutig klar; vorstellbar ist aber, dass das niedrigere Vertrauen in Staatsinstitutionen in der Romandie (Scheidegger & Staerklé 2011) ein potenzieller Erklärungsfaktor für diese Unterschiede ist.

Wahrgenommene Sicherheit in der Schweiz und Armeenotwendigkeit

Neben den soziodemographischen Erklärungen sind vor allem die wahrgenommene Sicherheit in der Schweiz und die wahrgenommene Notwendigkeit der Armee entscheidend dafür, ob die Befragten einer geschlechtsneutralen Dienstpflicht zustimmend oder ablehnend gegenüber stehen. Je stärker Bürgerinnen und Bürger die Armee als notwendig wahrnehmen und je weniger optimistisch sie die Sicherheit in der Schweiz einschätzen, desto höher ist ihre Chance, dass sie der Reform zustimmen.

Die Ergebnisse haben vor allem zwei Implikationen für Vorhaben, die eine geschlechtsneutrale Dienstpflicht fordern, aber auch darüber hinaus: Die schweizerische Bevölkerung lässt sich offenbar nicht durch eine bestimmte Formulierung einer Reform zur Zustimmung oder auch Ablehnung verleiten. Stattdessen sind es soziodemographische Faktoren und bestehende Überzeugungen, die die Akzeptanz beeinflussen. Dies spricht insgesamt dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger in der Schweiz ihre Entscheidungen fundiert und reflektiert treffen und nicht aufgrund gezielter Kommunikationsstrategien.

SVPW/ASSP Outreach Award

Der SPSA Outreach Award der Schweizerische Vereinigung für Politikwissenschaft zeichnet politikwissenschaftliche Forschungsarbeiten mit besonderer Relevanz für die politische Praxis aus. Ziel des Wettbewerbs ist es, den Austausch zwischen Wissenschaft und Politik zu fördern und Forschung einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Der SPSA Outreach Award fand am 20. März 2026 im Bundeshaus statt. Die Finalbeiträge werden nach dem Wettbewerb in aufbereiteter Form auf DeFacto publiziert und erhalten so zusätzliche Sichtbarkeit über den akademischen Kontext hinaus

Referenzen:

- Asticher, L., & Sager, F. (2024). Gender equality frames do not impact public support for economic relief policy in times of crisis: A survey experiment. Review of Policy Research, 42(5), 1220-1242. https://doi.org/10.1111/ropr.12639.
- Levin, I. P., Schneider, S. L., & Gaeth, G. J. (1998). All Frames Are Not Created Equal: A Typology and Critical Analysis of Framing Effects. Organizational Behavior and Human Decision Processes, 76(2), 149-188. https://doi.org/10.1006/obhd.1998.2804
- Scheidegger, R., & Staerklé, C. (2011). Political Trust and Distrust in Switzerland: A Normative Analysis. Swiss Political Science Review, 17 (2), 164-187. https://doi.org/10.1111/j.1662-6370.2011.02010.x.
- Service Citoyen. (2025). https://www.servicecitoyen.ch/de/ (last accessed 1 September 2025).

Bild: Schweizer Armee